

## ***PRESSEINFORMATION***

**Kiel, d. 28.08.2003**

**Es gilt das gesprochene Wort**

### **TOP 20 Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen (Drs. 15/2833)**

#### ***Anke Spoorendonk:***

Die Landesregierung stellt in ihrem Bericht das Gesamtkonzept zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen vor. Dieses Konzept hat sie in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Landkreistages, des Städteverbandes und einzelner Schulträger erarbeitet.

Ziel des Gesamtkonzeptes ist die Gewährleistung der Qualität des Unterrichtes, der effiziente Lehrereinsatz, zumutbare Schulwege für die Auszubildenden, vertretbare Sachkosten, der Erhalt der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und ein fairer Wettbewerb der Schulstandorte. Grundsätzlich unterstützt auch der SSW dieses Ziel.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass eine Analyse der Schulstatistik des Schuljahres 2001/2002 deutlich gemacht hat, dass es an 33 von 39 Berufsschulstandorten in Schleswig-Holstein zu geringe Schülerzahlen gegeben hat. Hier wurden die Zielgrößen von 15 Auszubildende pro Klasse und 45 Auszubildende pro Ausbildungsberuf für einen Berufsschulstandort unterschritten. Daher müssen nun Wege gefunden werden, um künftig allzu kleine Klassen an zu vielen Standorten zu vermeiden.

Daher strebt die Landesregierung die Streichung zu kleiner Berufsschulklassen an. Die Auszubildenden sollen dann in Bezirksfachschulen oder Landesberufsschulen zusammengeführt werden.

Dass diese Nachricht zu Verunsicherungen an vielen Beruflichen Schulen im Land geführt hat, dürfte niemanden verwundern. Daher ist es wichtig, dass die Landesregierung bei der

künftigen Gestaltung der Berufschullandschaft das Gespräch mit allen Beteiligten sucht und sie ins Boot holt.

Der Bericht hat deutlich gemacht, dass diese Bestrebungen bereits von der Landesregierung geleistet werden. Und das ist gut so. Nur wenn sie die notwendige Einigkeit mit den Beteiligten erzielt, lassen sich die Pläne zur vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen verwirklichen.

Besonders hervorheben möchte ich, dass es bei der künftigen Auswahl der Standorte für Bezirksfachschulen und Landesberufsschulen insbesondere darauf ankommen muss, dass es zu einem - zwischen den ländlichen und städtischen Standorten - ausgewogenen Verhältnis kommt. Der bisherige Trend zu den Oberzentren darf sich nicht fortsetzen. Die ländlichen Standorte dürfen nicht als Verlierer aus der Neugestaltung hervorgehen. Daher müssen bei der Auswahl der Standorte transparente Qualitätskriterien zu Grunde gelegt werden.

In diesem Zusammenhang ist der Dialog mit der Wirtschaft - nicht zuletzt mit den Ausbildungsbetrieben – besonders wichtig. Die Landesregierung muss deutlich machen, dass die Qualität des Unterrichts gewährleistet bleibt, auch wenn dies auf Kosten einer ortsnahen Beschulung geht. Dies gilt auch für die Auszubildenden, auf die ein längerer Schulweg zukommt. Hier müssen anfallende Transport- oder Unterbringungskosten berücksichtigt werden.

Das Konzept, kleinere dezentrale Berufsschulklassen zu Bezirksfachschulen oder zu Landesberufsschulen zusammen zu führen, ist aus ökonomischer Sicht durchaus attraktiv. Doch scheint die Finanzierungsfrage noch ungeklärt. Und so lange sind alle Lösungsversuche zum Scheitern verurteilt. Dies geht deutlich aus dem Bericht hervor.

Damit hier kein falsches Bild entsteht: Der SSW steht dem Gesamtkonzept offen gegenüber, aber mir scheint, dass es bis zur endgültigen Umsetzung des Konzeptes noch einige Bemühungen der Landesregierung benötigt. Es sind noch viele offene Fragen, die mit allen Beteiligten geklärt werden müssen. Daher bin ich der Auffassung, dass wir uns im Bildungsausschuss weiter mit diesem Thema befassen sollten.